

7. Mai 2007

Konservative Revolution à la française

Winfried Veit

Nicolas Sarkozy ist erwartungsgemäß zum 6. Präsidenten der V. Republik in Frankreich gewählt worden. Mit 53,06 Prozent der Stimmen bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 85 Prozent ist sein Sieg über die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal (46,94 %) deutlicher ausgefallen, als es zuletzt ausgesehen hatte. Das liegt vor allem daran, dass trotz der Wahlenthaltungsparole von Jean-Marie Le Pen zwei Drittel der rechtsextremen Wähler für Sarkozy stimmten und es ihm auch gelang, mit 40 Prozent ebenso viele Stimmen des zentristischen Kandidaten François Bayrou auf sich zu ziehen wie Royal. Letztlich aber ist Sarkozys Sieg die logische Folge eines langfristigen Trends: die französische Gesellschaft ist in den letzten Jahren nach rechts gerückt, die von Sarkozy offen propagierten Werte „Arbeit, Autorität, Moral, Ehre der Nation und nationale Identität“ stoßen auf Resonanz. Eine von vielen befürchtete „konservative Revolution“ – so es sie denn geben wird – dürfte dennoch auf heftige Widerstände stoßen und im übrigen typisch französisch geprägt sein.

Kompetenz vor Sympathie

Der Wahlsieg von Sarkozy spiegelt in erster Linie den Rechtstrend der französischen Gesellschaft wieder. Zwei Drittel der Franzosen – so die Ergebnisse eines groß angelegten Forschungsprojekts von Sciences Po – identifizieren sich mit konservativen Werten. Diese hat der siegreiche Kandidat in seiner ersten Rede am Wahlabend noch einmal deutlich artikuliert: „Ich will die Arbeit, die Autorität, die Moral, den Respekt rehabilitieren...Ich will, dass die Nation und die nationale Identität wieder einen Ehrenplatz einnehmen“. Mit diesen Parolen ist es Sarkozy auch gelungen, den Aufstieg des rechtsextremen „Front National“ (FN) zu stoppen; trotz der Empfehlung des FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen, sich der Stimme zu enthalten, erhielt Sarkozy zwei Drittel der Le Pen-Stimmen. Ob ihm damit der gleiche Coup geglückt ist, wie 1981 dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand, der die Kommunistische Partei so fest umarmte, dass sie daran erstickte, wird erst die Zukunft zeigen. Fest steht jedenfalls, dass er mit dem „rechtsten“ Programm in der Geschichte der V. Republik eine Mehrheit erzielte; alle bürgerlichen Kandidaten der Vergangenheit – zuletzt ganz ausgeprägt Jacques Chirac - hatten immer auch eklektische Elemente in ihrem Programm. Ségolène Royal versuchte dieser Tatsa-

che Rechnung zu tragen, indem sie ihrerseits – zum Missfallen ihrer Partei - ebenfalls konservative Akzente setzte, etwa wenn sie für die Erziehung jugendlicher Straftäter in Militäranstalten plädierte oder bürgerliche Werte in Familie und Erziehungswesen pries.

Diese Strategie ging nicht auf und zwar nicht nur deswegen, weil die Wähler offensichtlich das Original der Kopie vorzogen sondern auch weil es Royal bis zuletzt nicht gelang, die Zweifel an ihrer Befähigung zum Präsidentenamt auszuräumen. Während sie in den Sympathiewerten immer weit vor Sarkozy lag, dem viele Bürger wegen seines schwierigen Charakters und seines teilweise autoritären Auftretens nicht über den Weg trauen, war dieser in Sachen Kompetenz nicht zu schlagen. In der letzten Umfrage vor der Wahl am 4. Mai wurde dies noch einmal ganz deutlich: nur in vier von zwanzig Themenfeldern trauten die Befragten Ségolène Royal mehr Lösungskompetenz zu, als Sarkozy, nämlich in Sachen Umwelt, Behinderte, Schule und Reduzierung der sozialen Ungleichheit. Vor allem in den zentralen Feldern der Wahlkampagne lag Sarkozy zum Teil weit vorne: Einwanderung (65 % gegenüber 13 für Royal), innere Sicherheit (60:17), Wirtschaft (53:24), Sicherung der Renten (52:23), Steuerreform (52:21), Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (47:24), Erhöhung der Kaufkraft (47:27) – wobei die beiden letzteren Themen eine zentrale Rolle in Royals Wahlstrategie spielten. Trotz eines fulminanten Endsprints und eines souveränen (und kompetenten!) Auftritts im Fernsehduell mit Sarkozy am 2. Mai war es ihr nicht gelungen, die Kompetenzlücke zu schließen.

Allerdings war ihre Ausgangslage nach dem ersten Wahlgang am 22. April auch nicht gerade günstig, trotz ihres persönlich guten Abschneidens mit 25,9 Prozent (gegenüber 31,2 % für Sarkozy). Denn der beschriebene Rechtstrend der französischen Gesellschaft spiegelt sich naturgemäß in der Wahlsoziologie wieder: noch nie in der Geschichte der V. Republik war der Plafonds der gesamten Linken so niedrig wie diesmal (nur 36 %). Anders als Sarkozy auf der extremen Rechten stand Royal auf der extremen Linken nur ein geringes Potential zur Verfügung, das sie außerdem zu verlieren drohte, wenn sie den Zentristen um Bayrou zu viele Avancen machte. Doch blieb ihr gar nichts anderes übrig, als genau dieses zu tun, denn nur unter den 18,6 % Bayrou-Wählern aus dem ersten Wahlgang konnte sie die für eine Mehrheit notwendigen Stimmen holen. Tatsächlich erhielt sie auch 40 Prozent dieser Stimmen, doch für den Sieg wären 60 Prozent notwendig gewesen. Da war es nur ein geringer Trost, dass sie bei den jüngeren Wählern sowie bei Arbeitern und Angestellten besser abschnitt als Sarkozy.

Die Tatsache, dass die Linke jetzt zum dritten Mal hintereinander eine Präsidentschaftswahl verlor, lässt die Ära Mitterrand (1981-1995) immer mehr als eine Ausnahme erscheinen, die den strukturell konservativen Charakter der französischen Gesellschaft unterstreicht. Denn auch vor Mitterrand hatte die Linke dreimal verloren: 1965 (de Gaulle – Mitterrand), 1969 (die Linke nicht im 2. Wahlgang) und 1974 (Giscard d'Estaing – Mitterrand), bis Mitterrand 1981 und 1988 siegte. Sarkozy mitgerechnet kommen fünf von sechs Präsidenten der V. Republik von rechts und in den fast fünfzig Jahren ihres Bestehens hatte sie nur 14 Jahre einen sozialistischen Präsidenten und etwa 15 Jahre (in drei unterschiedlichen Phasen) einen sozialistischen Premierminister (sechs von insgesamt 18).

Konservative Revolution versus sozialdemokratische Erneuerung?

Erfährt dieser Rechtstrend mit Sarkozy jetzt eine Verschärfung? Viele haben angesichts des ungenierten Gebrauchs, den Sarkozy vom Wortschatz Le Pen's machte, von einer „LePenisierung“ der französischen Politik gesprochen. Andererseits sind aber viele wichtige Probleme wie Einwanderung und mangelnde Integration, Kriminalität und religiöser Fanatismus, lange Zeit unter den Teppich gekehrt worden, nur weil Le Pen als erster darüber redete und seither dieses Feld dominierte. Das ist mit Sarkozy anders geworden und Le Pen hat prompt verloren. Diese Enttabuisierung kann eine nüchterne und sachliche Inangriffnahme dieser Probleme begünstigen; viele fürchten aber, dass sie eher zu einer autoritären und restriktiven Politik der inneren Sicherheit und der Einwanderung führen wird.

Worin besteht darüber hinaus die von Sarkozy verkörperte „konservative Revolution“? Der Grünen-Politiker Noël Mamère hat am Wahlabend vom „autoritären Liberalismus“ Sarkozy's gesprochen. Das ist ein Widerspruch in sich, trifft aber vielleicht den Kern: Liberalisierung in der Wirtschaft, die Hand in Hand geht mit Staatsautorität und moralischen (konservativen) Werten. Dass es Sarkozy um mehr geht als eine simple Rückkehr zu einer konservativen Ordnung, hat er am Wahlabend einmal mehr deutlich gemacht: „Das französische Volk hat sich entschieden, mit den Ideen, Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Vergangenheit zu brechen... Das französische Volk hat den Wechsel gewählt. Diesen Wechsel werde ich vollziehen“. Wie dieser Wechsel möglicherweise aussehen wird, hat die Tageszeitung „Le Monde“ in einem Editorial zwei Tage vor der Wahl analysiert. Danach ähnelt Sarkozy's Projekt dem amerikanischen „paternalistischen Konservatismus“: man bevorzugt (vor allem steuerlich) die oberen Schichten in der Hoffnung, dass sie im Gegenzug Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig verfißt Sarkozy einen „ökonomischen Patriotismus“, den er als kurzzeitiger Wirtschaftsminister 2004 schon praktizierte, mit den klassischen Instrumenten staatlicher Industriepolitik bis hin zum Protektionismus, womit die von Arbeitsplatzverlagerung bedrohten unteren Schichten angesprochen werden. Damit dürfte er kein einfacher Partner in Sachen Europa sein; in seiner Rede am Wahlabend bekannte er sich zwar eindeutig zur europäischen Einigung, machte aber auch klar, dass Europa den Franzosen „zu wenig Schutz“ böte. Ähnliches gilt auch für die deutsch-französischen Beziehungen: Sarkozy verkörpert mit seinen 52 Jahren eine neue Generation, für die europäische Einigung und deutsch-französische Aussöhnung weniger Herzenssache als Selbstverständlichkeit ist. Er wird demzufolge eher nüchtern die Partnerschaft mit Deutschland pflegen, hat aber als gewiefter Stratege bereits angekündigt, dass ihn sein erster Auslandsbesuch nach Berlin führen würde.

Bevor Sarkozy allerdings seine konservative Revolution in die Tat umsetzen kann, muß er sich zunächst eine parlamentarische Mehrheit verschaffen. Es spricht zwar vieles dafür, dass im Sog der Präsidentschaftswahl die am 10. und 17. Juni stattfindende Wahl zur Nationalversammlung zu seinen Gunsten ausgehen wird, aber es ist dennoch nicht auszuschließen, dass viele Wähler vor der allzu großen Machtfülle eines Präsidenten Sarkozy zurückschrecken und für eine Balance sorgen wollen. Nach ersten Umfragen vom Wahlabend steht die Regierungspartei UMP bei 34 %, die Sozialisten bei 29, die zentristische UDF bei 12 und der FN bei 7 Prozent. Das

müsste angesichts des auch bei Parlamentswahlen geltenden Mehrheitswahlrechts für Sarkozy reichen.

Viel wird dabei vom Abschneiden der UDF abhängen, die sich nach dem Willen ihres Vorsitzenden Bayrou in den nächsten Tagen als „Demokratische Partei“ neu konstituieren und ihren Wählerkreis erweitern will. Vor allem aber wird es auf die Verfassung der Sozialistischen Partei (PS) ankommen, für die eine erneute Niederlage den Verbleib in der machtlosen Oppositionsrolle für mindestens weitere fünf Jahre bedeuten würde. Ihr Vorsitzender François Hollande hat am Wahlabend deutlich gemacht, dass nur eine geschlossene Partei eine Chance auf den Wahlsieg hätte. Doch die ersten Dissonanzen machten sich schon am gleichen Abend bemerkbar: Ségolène Royal machte in einer kämpferischen Rede vor dem Parteivolk deutlich, dass sie keineswegs daran denkt, sich auf ihre Position als Präsidentin der Region Poitou-Charentes zurückzuziehen. Und ihre Anhänger forderten unverhohlen eine Führungsposition für sie, die noch nie eine Rolle in der Partei spielte und die ihren Wahlkampf weitgehend eigenständig geführt hatte. Die schärfste Kritik am Wahlergebnis und damit an der Kandidatin und der Parteiführung äußerte der frühere Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn. Die Partei habe in den letzten fünf Jahren ihre Modernisierung und die Umwandlung zu einer schlagkräftigen sozialdemokratischen Partei verschlafen. Er stünde bereit, eine solche Erneuerung in Angriff zu nehmen. Der frühere Premierminister Laurent Fabius hingegen mahnte eine Rückkehr zu den klassischen Werten der Linken und eine geschlossene Linksfront an. Ob diese Dissonanzen der Auftakt für einen innerparteilichen Machtkampf sind, der die Chancen der PS in den Juni-Wahlen auf Null reduzieren würde, oder ob es François Hollande doch noch gelingt, die Partei geeint in die nächste Auseinandersetzung mit Sarkozy zu führen, werden die nächsten Tage und Wochen zeigen.

Aber selbst wenn die Linke auch die Parlamentswahl verlieren würde, muss Sarkozy die typisch französischen Widerstände überwinden, die noch jedes Reformvorhaben französischer Regierungen gleich welcher Couleur erschwert haben: die Gewerkschaften haben schon einen heißen Herbst angekündigt, in den banlieues brodelt es und wenn es um Besitzstandswahrung geht, lässt sich die Straße leicht mobilisieren. Möglicherweise hätte Ségolène Royal mit ihrer partizipativen Demokratie und dem direkten Dialog mit den Bürgern eher die von ihr propagierte Modernisierung des Staates umsetzen können.